

## **Familienpolitik = Wirtschaftspolitik?**

Die Familieninitiative, über die wir am 8. März abstimmen werden, möchte bekanntlich, dass Kinder- und Ausbildungszulagen zukünftig steuerfrei sind. Da diese Zulagen somit nicht mehr dem steuerbaren Einkommen zugerechnet werden müssen, werden rund 1 Million Familien, darunter vor allem solche mit geringem bis mittlerem Einkommen, finanziell entlastet. Diese profitieren nämlich bei einer Annahme der Familieninitiative neben der Steuereinsparung auch von einem einfacheren Zugang zu Prämienverbilligungen, günstigeren Kita-Plätzen und Stipendien.

Was hat nun Familienpolitik bzw. die Familieninitiative mit Wirtschaftspolitik zu tun? Ganz einfach, die Familie ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und somit letztendlich auch der Wirtschaft. Es ist deshalb für die zukünftige Entwicklung der Schweiz von entscheidender Bedeutung, dass neben dem in letzter Zeit häufig geforderten wirtschaftsfreundlichen Umfeld auch die Rahmenbedingungen für Familien ständig überprüft und im Rahmen der Möglichkeiten verbessert werden. Nachfolgend möchte ich aufzeigen, welche wirtschaftlichen Aspekte die Familieninitiative beinhaltet und warum sie trotz der Kostenfrage nachhaltig wirkt:

Die Gegner der Initiative argumentieren oft damit, dass die fehlenden Steuereinnahmen ein grösseres Loch in die Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden reissen würden. Dieses Argument trifft bei ganzheitlicher Betrachtung nicht zu. Beispiel: Eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 50'000 Franken hat nach Annahme der Initiative durch die oben beschriebenen Effekte rund 100 Franken mehr Geld pro Monat zur Verfügung. Dieses Geld erhöht die Kaufkraft und fliesst kurzfristig wieder in die Wirtschaft zurück, bezahlt Löhne, schafft Arbeitsplätze und erhöht letztlich auch die Konsumentenstimmung, was in den aktuell unsicheren Zeiten bedeutsam für die Wirtschaft ist.

Ein Unternehmer braucht Mut und Durchhaltewillen, um ein Unternehmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Doch der Fachkräftemangel und der fehlende Nachwuchs in verschiedenen Berufsgruppen unseres Landes macht die Stellenbesetzung mit einheimischen Arbeitnehmern häufig schwierig. Nachhaltige Wirtschaftspolitik beginnt bereits viele Jahre bevor der Unternehmer eine Stelle zu besetzen hat: Denn auch die Entscheidung, eine Familie zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen, ist sehr häufig mit tiefgreifenden Abwägungen verbunden. Kinder kosten neben den vielen positiven Aspekten sehr viel Geld und haben somit einen erheblichen Einfluss auf das Familienbudget. Aber ohne Kinder gibt es später auch keine einheimischen Fachkräfte für die Wirtschaft. Indem wir ein familienfreundlicheres Umfeld schaffen, werden zusätzliche Paare ermutigt, eine Familie zu gründen. Die Familieninitiative ist somit durchaus eine Massnahme, um längerfristig wieder mehr einheimisches Fachpersonal rekrutieren zu können.

Sie sehen, nachhaltige Familienpolitik hat auch etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun. Ich bin deshalb der überzeugten Ansicht, dass wir es uns leisten können, am 8. März JA zu stimmen und etwas für die Entlastung der Familien zu tun.

Christian Stark  
Mitglied Parteipräsidium CVP Dorneck-Thierstein